

Niedersachsens Innenminister: „Union versündigt sich an Sicherheitslage im Land“

- Der Verfassungsschutz wartet dringend auf neue Befugnisse wie die Telekommunikationsüberwachung direkt an der Quelle.
- Doch das entsprechende Gesetz, auf das sich die große Koalition längst geeinigt hatte, kommt nicht voran.
- Union und SPD geben sich dafür gegenseitig die Verantwortung.



Eva Quadbeck, Andreas Niesmann | 21.01.2021, 0:00 Uhr



Boris Pistorius (SPD), niedersächsischer Minister für Inneres und seine bayerischer Amtskollege Joachim Herrmann (CSU).

© Quelle: Britta Pedersen/dpa-Zentralbild/

Union und SPD

werfen sich

wechselseitig vor,

die schon lange geeinte Reform des

Verfassungsschutzgesetzes mit der Einführung der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung

(Quellen-TKÜ) zu blockieren. „Eine Einigung zwischen Union und SPD für die Quellen-TKÜ ist seit Monaten in

trockenen Tüchern. Die Unionsfraktion im Bundestag

blockiert aber aus taktischen Gründen das neue

Verfassungsschutzgesetz“, sagte der niedersächsische

Innenminister Boris Pistorius (SPD) dem

RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

„Die Union will auf diesem Weg das auch anstehende

Unternehmensstrafrecht ausbremsen. Das ist völlig

sachfremd“, kritisierte Pistorius. „Die fatale Folge ist, dass

der Verfassungsschutz nicht so agieren kann, wie er es

müsste, um das Land vor Terroranschlägen so gut wie

möglich zu schützen“, so der SPD-Politiker. „Die Union

versündigt sich mit der Verzögerung an der

Sicherheitslage im Land.“

Pistorius forderte CDU und CSU auf, **den Weg für die erste Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag freizumachen.** „Der Bundesinnenminister wird nicht müde zu erklären, was der Verfassungsschutz an Kompetenzen braucht und dass dazu auch die Quellen-TKÜ gehört. Nun muss es zügig mit dem parlamentarischen Verfahren und schließlich der Verabschiedung des lange erwarteten Verfassungsschutzgesetzes weiter gehen“, forderte er. „Entscheidend ist, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, sonst müssen wir nach der Bundestagswahl von vorne anfangen. Es wird höchste Zeit, dass die Union von der Bremse geht.“

Die Union weist die Vorwürfe zurück und attackiert ihrerseits die SPD

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsbundestagsfraktion, Thorsten Frei (CDU) wies die Vorwürfe scharf zurück. „Die Behauptung, die Unionsfraktion würde die parlamentarische Beratung der Reform des Verfassungsschutzgesetzes verhindern, ist schlichtweg falsch“, sagte Frei auf Anfrage des RND. „Richtig ist das Gegenteil: Die SPD blockiert. Wenn die SPD ihre Blockade aufgibt, können wir die Anpassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes sofort auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungswoche des Bundestages setzen“, sagte Frei.

Die Unionsfraktion habe immer betont, dass der Verfassungsschutz dringend neue Instrumente zur Telekommunikationsüberwachung benötige, sagte der Unionspolitiker. „Die SPD will diese Reform aber mit dem Gesetzentwurf zum Unternehmenssanktionsrecht verknüpfen, obwohl beide Gesetze gar nichts miteinander zu tun haben. Diese Verknüpfung ist natürlich Unsinn, und wir werden uns auf diesen Kuhhandel nicht einlassen.“